

PRESSEMITTEILUNG

Sonntag, 22. Februar 2009

Erkennungsdienstliche Behandlung:
Polizeivorgehen weitet sich aus

Die erkennungsdienstliche Behandlung eines jungen Mitgliedes der Delmenhorster Linkspartei durch die hiesige Polizei führt zu ersten Konsequenzen. In den Fall hat sich inzwischen auch der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag, Hans-Henning Adler, eingeschaltet. Landtagsabgeordneter Adler, der auch Rechtsanwalt ist, hat die juristische Vertretung des Mitgliedes übernommen, das gleichzeitig auch Sprecher der linken Jugendorganisation „solid“ in Delmenhorst ist. Dem Jugendlichen wird vorgeworfen, am 22. Januar zwischen 22 Uhr und 2.00 Uhr morgens an der Verteilung von Flugblättern beteiligt gewesen zu sein, in denen angeblich ein Mitglied der Neonazi-Szene verunglimpfend dargestellt wurde. Zwei Zeugen, so der Vorwurf, hätten ihn dabei beobachtet. Der Jugendliche bestreitet, daran beteiligt gewesen zu sein. Nach einer Vorladung durch die Polizei war der Jugendliche dann erkennungsdienstlich behandelt worden – durch Abnahme der Fingerabdrücke und Anfertigen eines Lichtbildes. Die Einschaltung des Landtagsabgeordneten Adler verfolgt unter anderem das Ziel, über die Akteneinsicht die Identität der Zeugen zu ermitteln.

Eigene Recherchen der Linkspartei haben inzwischen ergeben, dass mindestens einer der sogenannten Zeugen ein weibliches Mitglied der hiesigen Neonazi-Szene sein soll. Die Sprecher der Linkspartei, Ratsherr Jörg Dombrowe und Peter Vogel, zeigten sich erstaunt darüber, „dass die Delmenhorster Polizei wegen der allzu durchsichtigen Aussagen von Neofaschisten einen derart massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte eines Jugendlichen betrieben hat, zumal dem Staatsschutz hinreichend bekannt ist, dass der Jugendliche vor mehreren Wochen schon einmal Drohanrufe aus der Neonazi-Szene bekommen hat“. Damals ist er von der Polizei auf eigene Initiative hin ausführlich dazu vernommen worden.

Die Linkspartei prüft zur Zeit die Erstattung einer Strafanzeige wegen des Verdachts der Falschaussage.

Jörg Dombrowe	Peter Vogel
Sprecher DIE LINKE	Sprecher DIE LINKE
Ratsherr	

Delmenhorst, 21.2.2009

Für Nachfragen:
Peter Vogel, 0172-4296 289